

Wahlprüfstein Arbeitgebervereinigung für Unternehmen aus dem Bereich EDV und Kommunikationstechnologie (AGEV) e. V.

Ihre Frage	Unsere Antwort
Wirtschaft	
Die Zahl der Selbstständigen sinkt seit Jahren massiv. Welche Konzepte haben Sie, um diesen für Deutschland bedrohlichen Trend umzukehren?	Um mehr Unternehmensgründungen anzuregen, wollen wir eine One-Stop-Agentur für Gründer:innen unterstützen. Außerdem wollen wir für Gründer:innen einen erleichterten Zugang zu Mitteln der Projektförderung ermöglichen. Und schließlich wollen wir einen öffentlichen Fonds für Wagniskapital fördern sowie im Insolvenzrecht eine „Kultur der zweiten Chance“ einführen. Existenzgründungen von Frauen und in der Fläche werden wir mit eigenen Programmen gezielt fördern. Selbstständigkeit im Handwerk wollen wir dadurch fördern, dass wir Gebühren für Techniker:innen- und Meister:innenkurse abschaffen.
Bildung	
Die Zahl der Ausbildungsverhältnisse sinkt seit Jahren, obwohl Deutschland immer um sein Berufsausbildungssystem beneidet wurde. Der schon heute eklatante Facharbeitermangel, insbesondere in der wichtigen IT-Wirtschaft, vergrößert sich weiter. Was tun Sie dagegen?	Wir wollen in die berufliche Bildung und ihre Attraktivität investieren, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. So setzen wir uns für eine Ausbildungsgarantie ein, die alle jungen Menschen in eine Ausbildung vermittelt, auch wenn sie nicht direkt und auf eigene Kraft den Weg in eine betriebliche Ausbildung finden. Gleichzeitig wollen wir den Lernort Berufsschule von Bundesseite stärken, damit dieser modernisiert wird und dort mit vielen guten Lehrkräften die Fachkräfte der Zukunft ausgebildet werden können. Zudem wollen wir finanzielle Hilfen für die Mobilität der Azubis erhöhen. Ein weiterer wichtiger Baustein aus Sicht der SPD zur Attraktivitätssteigerung der beruflichen Bildung ist die Verzahnung der beruflichen und akademischen Bildung und die Stärkung der beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten. Deshalb setzen wir uns für eine Gebührenfreiheit in der beruflichen Aufstiegsfortbildung ein und wollen eine hohe Qualität des dualen Studiums verbindlich festschreiben.
Finanzen	

<p>Welche wirtschafts- und fiskalpolitischen Maßnahmen werden Sie einleiten, um die historisch hohe Verschuldung infolge der Pandemie zu überwinden.?</p>	<p>Die SPD steht für eine Finanz- und Haushaltspolitik, die die großen Zukunftsinvestitionen finanziert und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt. Für generelle Steuersenkungen besteht kein Raum. Wir wollen die Besteuerung der Einkommen aber gerechter gestalten. Wir werden eine Steuerreform vornehmen, die kleine und mittlere Einkommen besserstellt, und dafür im Gegenzug die oberen fünf Prozent stärker für die Finanzierung der öffentlichen Aufgaben heranzieht. Gegen Steuerhinterziehung und Steuervermeidung werden wir konsequent vorgehen. Wir wollen außerdem die Vermögensteuer wieder in Kraft setzen. Und mit der kürzlich international beschlossenen globalen Mindestbesteuerung werden wir dafür sorgen, dass die digitalen global Player wie Amazon und Google auch Steuern zahlen.</p>
<p>Datenschutz und -sicherheit</p>	
<p>Welche Strategie verfolgen Sie gegen Cyberangriffe auf kritische Infrastruktur, aber auch kleine und große Unternehmen? Wie wollen Sie die Einflussnahme anderer Staaten auf die politische Willensbildung begrenzen?</p>	<p>Cybersicherheit ist eine wichtige Grundlage für erfolgreiche Digitalisierung. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik wollen wir noch stärker als beim 2. IT-SiG als zentrale, unabhängige und präventiv ausgerichtete Cybersicherheitsbehörde ausrichten und Verschlüsselungsforschung ausbauen. Wir wollen Hersteller verpflichten, Softwareprodukte, digitale Dienste und technische Geräte so zu konzipieren, dass sie sicher sind und die sicherste Variante Standardeinstellung ist.</p> <p>Wir brauchen in Europa eine selbstbestimmte Entwicklung und Herstellung von Komponenten und Bauteilen, damit nicht ausschließlich US- und chinesische Hersteller über Erfolg und Netzwerksicherheit digitaler Infrastrukturen in Europa entscheiden. In vielen Bereichen müssen wir die digitale Souveränität und technologische Kompetenz erhalten, aber auch zurückgewinnen und bestehende Abhängigkeiten abbauen. Es bedarf eines gemeinsamen Kraftakts in Europa, der eine gemeinsame europäische Entwicklung und Produktion solcher Komponenten strategisch und langfristig aufbaut. Wir setzen uns für eine gezielte und koordinierte Unterstützung der deutschen und europäischen Digitalwirtschaft auf allen Technologie-</p>

	Ebenen und entlang der gesamten Wertschöpfungsketten ein.
Arbeit 4.0	
Welche Regulierungen planen Sie für die „Plattformarbeit“ und wie verhindern Sie, dass dadurch auch gut bezahlte, freiwillig Selbstständige belastet werden? Gehören für Sie auch IT-Selbstständige zu den Plattformarbeitern?	Kleine Anbieter:innen können ohne große Kosten neue Kunden gewinnen. Plattformen erhöhen die Markttransparenz und ermöglichen flexiblere Arbeit. Plattformarbeit hat aber auch Nachteile, wie beispielsweise teilweise schlechte Arbeitsbedingungen, unfaire Entlohnung und fehlende soziale Absicherung. Wir als SPD wollen faire Arbeit und neue Chancen in der Plattformökonomie verbinden. Plattformbetreiber:innen müssen dafür stärker in die Verantwortung genommen werden. Das betrifft nicht die gut bezahlten Selbstständigen, die Plattformen für ihre Akquise nutzen, sondern es geht insbesondere um die Click- und Crowdworker, die aktuell zu wenig Schutz und Rechte genießen. Wir wollen Plattforamtätigen ermöglichen, sich kollektivrechtlich zu organisieren, um so ihre Rechte durchzusetzen. Wir wollen mehr Transparenz und Sicherheit bzgl. der Allgemeinen Geschäftsbedingungen von Plattformen. Dazu gehört auch, dass Klauseln, die in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen stehen und einseitig zu Lasten von Plattforamtätigen gehen, einfacher überprüft werden können.
Soziales	
Wie wollen Sie die geplante Altersvorsorgepflicht für Selbstständige ausgestalten? Werden Selbstständige, die bereits vorgesorgt oder ein bestimmtes Alter erreicht haben, ausgenommen? Wie würden Sie die dann notwendige Bürokratie minimieren?	Ehemals Selbstständige sind auch nach langjähriger Erwerbstätigkeit im Alter überproportional auf Grundsicherung angewiesen. Deswegen wollen wir den sozialen Schutz von Selbstständigen, die bisher in keinem Alterssicherungssystem abgesichert sind, verbessern. Ziel ist auch bei Selbstständigen, dass eine langjährige Erwerbstätigkeit zu einer Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus führen muss. Dazu bringen wir für sie eine gründerfreundlich ausgestaltete Altersvorsorge in der gesetzlichen Rentenversicherung auf den Weg. Perspektivisch wollen wir eine Erwerbstätigenversicherung. Diese wird nicht von einem Tag auf den anderen eingeführt. Es wird auch nicht zielführend sein, die Personen, die anderweitig auf dem Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung abgesichert sind und kurz vor der

	Rente stehen, in das neue System vollständig einzubinden. Die Übergangszeiten werden doppelte Belastungen verhindern und Rechtssicherheit herstellen.
Altersversorgung	
Wie stehen Sie zur Einführung eines pfändungs- und insolvenz sicheren Altersvorsorgedepots nach den Beispielen USA oder Schweden? Damit könnte ein Großteil der Bevölkerung eine kostenarme zusätzliche Versorgung erhalten und die gesetzliche Rentenversicherung massiv entlasten.	<p>Für uns bleibt eine stabile gesetzliche Rente die zentrale Grundlage für eine verlässliche Absicherung im Alter für alle. Die gesetzliche Rente wollen wir stärken und stehen für ein dauerhaftes Rentenniveau von mindestens 48 Prozent.</p> <p>Denn eine ergänzende private Altersvorsorge ist kein Ersatz für die gesetzliche Rente, sondern kann nur eine Ergänzung sein. Unser Ziel ist zuerst, deutlich mehr Beschäftigte in einer betrieblichen Altersversorgung abzusichern. Dabei sollten tarifvertraglich vereinbarte kollektive Altersversorgungsformen bevorzugt werden. Deshalb haben wir es kleinen und mittleren Unternehmen erleichtert, für ihre Beschäftigten in die betriebliche Altersversorgung einzusteigen.</p> <p>Bei klassischen privaten Angeboten der Altersvorsorge wollen wir bürokratische Hemmnisse abbauen und Kosten senken. Um den Bürgerinnen und Bürgern eine attraktive private Altersvorsorge zu ermöglichen, setzen wir uns für ein neues standardisiertes Angebot ein, das kostengünstig, digital sowie grenzüberschreitend ist und auch wie in Schweden von einer öffentlichen Institution angeboten wird. Die Förderung neuer Verträge werden wir in Form von Zuschüssen auf untere und mittlere Einkommensgruppen beschränken.</p>
Rentenversicherung	
Welche Schritte planen Sie, um den beginnenden Eintritt der Babyboomer in den Ruhestand zu finanzieren, während gleichzeitig die ins Berufsleben eintretenden Jahrgänge nur noch halb so stark sind?	<p>Für Jung und Alt muss gelten, dass man nach einem Leben voller Arbeit eine ordentliche Rente erhält. Denn die gesetzliche Rente ein zentrales Versprechen unseres Sozialstaates. Den demographischen Wandel werden wir in der Rente meistern, wenn wir heute die Grundlagen für stabile Rentenbeiträge und eine gerechte Finanzierung legen.</p> <p>Abhängig ist die Stabilität der Rente von einer anständigen Lohnentwicklung und sicheren</p>

Arbeitsplätzen. Dafür werden wir mit der Erhöhung des Mindestlohns und der Stärkung der Tarifbindung sorgen. Zudem stellen wir eine hohe Beschäftigungsquote sicher, in dem wir es ermöglichen, Leben und Arbeit besser mit einander zu vereinbaren. Denn umso mehr Menschen in Arbeit sein werden und je besser die Lohn- und Gehaltsentwicklung ist, desto stabiler ist auch die gesetzliche Rente.

Generationengerechtigkeit bedeutet für uns dabei, dass die Jüngeren sich auch auf eine stabile Rente verlassen können und bei der Finanzierung der Rentenversicherung nicht zu stark belastet werden. Deshalb haben wir die sogenannte doppelte Haltelinie eingeführt. Um diese über 2025 hinaus zu verlängern, stehen wir für eine solidarische Finanzierung der Rente. Dafür werden wir die notwendigen Steuerzuschüsse sicherstellen und die oberen fünf Prozent der Einkommensbeziehenden etwas stärker heranziehen. Hohe Beiträge bei später niedrigen Renten wird es mit uns nicht geben.